

Ostermarsch 2023 – Redebeitrag vor Helios - Station 3 (zwei Gewerkschafterinnen)

Das Thema an dieser Station lautet „100 Mrd. Soforthilfe für Soziales statt für Rüstung“. Und ein ganz wesentliches Element des Sozialstaats ist das Gesundheitswesen, das wir hier vor dem Helios-Klinikum als Beispiel nehmen. Für den Redebeitrag hatten wir eine Verdi-Gewerkschafterin angefragt. Diese war jedoch in den vergangenen Wochen mit der Organisation des Streiks zusätzlich zum Vollzeitjob so eingespannt, dass jetzt an den Ostertagen die Familie Vorrang hat. Aber sie hat uns für den heutigen Tag ein paar Informationen zugeschickt als Hintergrundwissen zu den z.Z. laufenden Tarifverhandlungen und den Streiks. Sie werden ihren Frust spüren, wenn ich Ihnen jetzt ihre Worte vortrage (Vielleicht hat sich der eine oder die andere von Ihnen ja 2007 an den Protesten gegen die Privatisierung der „Städtischen Krankenanstalten“ beteiligt und hört jetzt, dass die Befürchtungen von damals wahr geworden sind):

„Helios beschäftigt in Deutschland mehr als 76.000 Mitarbeitende und erwirtschaftete 2022 einen Umsatz von rund 7Mrd. Euro!!

Sie haben in der zweiten Verhandlungsrunde folgendes Angebot gemacht: Neben einem Inflationsausgleichsgeld eine tabellenwirksame Erhöhung von 2% im Juli 2023 und 2% im September 2024 bei einer Laufzeit von 24 Monaten.

Das wäre ein drastischer Realverlust für alle. Es gibt immer weniger Personal – erstens weil viele den Druck nicht mehr aushalten und kündigen oder ihre Arbeitszeit stark reduzieren, – keiner will mehr unter solchen Bedingungen arbeiten. Es gibt genügend freie Stellen.

Die verbleibenden Mitarbeiter müssen dementsprechend alles auffangen.

Die Arbeitsverdichtung ist dadurch und aus anderen Gründen enorm: Im OP z.B. müssen immer mehr Operationen in möglichst schneller Zeit gemacht werden. Das bedeutet nonstop Hetze, - welche sich dann natürlich auch durch alle Abteilungen zieht. Angefangen in der Aufnahme, bis zur Entlassung der Patienten. Hauptsache viele Patienten in kürzester Zeit durchziehen.

Dadurch haben wir einen sehr hohen Krankenstand, - das schafft man auf Dauer nicht!

Bei uns im Krankenhaus wurde z.B. auch die Zentralsterilisation outgesourced, - die Betriebsärzte auch.

Die Kosten waren zu hoch und es hat sich anscheinend nicht rentiert, - also weg damit! Der Aktionär muss schließlich seine Rendite bekommen.

Unser Staat hat das Gesundheitssystem verkauft, obwohl er meiner Meinung nach kein Recht dazu hatte. Mit Gesundheit darf man kein Geld verdienen!

Grundsätzlich ist Lauterbachs Reform nicht ganz verkehrt, es müsste aber an Zwangsbedingungen geknüpft werden, damit rein profitorientierte Häuser aus diesem System nicht wieder einen Reibach machen können. Es muss an einen adäquaten Personalschlüssel gebunden werden. Damit meine ich nicht irgendeinen Kopf, sondern dazu befähigtes Personal.

Für die Ausbildung muss auch jemand zusätzlich da sein, - und nicht nach dem Motto . friss oder stirb! Damit sind wir natürlich wieder in dem irren Kreislauf des Personalmangels.

Eine Schraube, die sich immer weiter dreht!“

Prof. Dr. Lauterbach steht für die Fall-Pauschalen-Abrechnung, von deren Einführung private Krankenhauskonzerne mit Milliardengewinnen profitieren. Nicht mehr der Patient und die medizinische Notwendigkeit waren und sind oberstes Gebot, sondern die Rendite, der Profit. Während der erklärten Corona-Pandemie wurden 40 Kliniken geschlossen, und es stehen weitere 68 auf der Streich-Liste.

Die gefährliche und absurde Situation zeigt sich u.a. in Offenbach. In Offenbach wurde eine Klinik für 1 Euro an den Sana-Konzern verkauft. Die Schulden jedoch wurden von der Stadt Offenbach übernommen.

Im Dez. 2022 stellte Prof. Dr. Lauterbach die „Reform der Krankenhausversorgung“ vor: „Für mich stehen die Menschen im Mittelpunkt.“ Deshalb gebe es eine strenge Leistungsbewertung und Leistungsbeschränkung für Krankenhäuser, teilweise eine „Ambulantisierung“, eine Umleitung von „Patientenströmen“, mit anderen Worten: Es droht eine weitere Schließung von Krankenhäusern und eine Verschärfung der Misstände.

Wenn am Krankenhaus gestreikt wird, werden die Streikenden mit Vorwürfen angegangen, nach dem Motto: Sie handeln verantwortungslos. Dem ist nicht so: Trotz der unhaltbaren Arbeitssituation richten sie zum Schutze und zur Versorgung der Patienten Notdienste ein. Verantwortungslos handelt die Politik, als Ausführende eines brutalen Wirtschaftssystems. Wir als Gesellschaft, als potentielle Patienten, sollten begreifen: Krankenhausschließungen gefährden unsere Gesundheit. Mit jeder Krankenhausschließung wird Gemeineigentum vernichtet. Deutschland steht mit der Privatisierung von Krankenhausbetten heute weltweit an der Spitze.

Das „Bündnis Klinikrettung“ fordert: „Krankenhäuser müssen Teil der staatlichen Daseinsvorsorge sein, ihre Rechtsform muss eine gemeinnützige sein.“ „Medizin am Krankenbett muss vom ökonomischen Diktat befreit werden.“ „Es ist höchste Zeit, die Fallpauschale abzuschaffen und durch ein gemeinwohlorientiertes Finanzierungsmodell zu ersetzen.“ Konkrete Lösungsvorschläge liegen vor.

Ich möchte Sie noch auf etwas Wichtiges aufmerksam machen, - auf die ePA (elektronische Patientenakte) und die Digitalisierungsstrategie des Bundesgesundheitsministeriums. Bis 2024 soll sie für alle verpflichtend eingeführt werden. Jeder, der nicht ausdrücklich widerspricht, stimmt automatisch zu. Patientenschützer sehen das kritisch. Die Einspruchsfrist endet, soviel ich weiß, am 30. Juni 2023.

Katastrophale Zustände im Gesundheitswesen, ein Mangel von 100.000 Kitaplätzen allein in NRW (RP), bei dem die Einrichtungen mit weniger Personal arbeiten, als es die Vorgaben zur Aufsichtspflicht erfordern, Altersarmut - vor allem bei Frauen, usw. usw.

Der Armutsforscher Prof. Christoph Butterwegge sagt: „Es kann nur einen Rüstungs- **oder** einen Sozialstaat geben.“

Ferner hat er im Interview noch ein paar andere wichtige Anmerkungen gemacht:

- Wenn man zusätzliche Milliarden in die Rüstung steckt, - den Rüstungshaushalt auf über zwei Prozent erhöht und gleichzeitig ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro errichtet - wird das Geld woanders knapp.
- Der soziale Friede ist in Gefahr, wenn aufgrund des größten Aufrüstungsprogramms seit

1945 das Geld für lebenswichtige Aufgaben des Staates fehlt.

- In der Ukraine hilft es niemandem, wenn 35 Tarnkappen-Militärjets eines US-amerikanischen Rüstungskonzerns angeschafft, neue Fregatten gekauft oder Panzer entwickelt werden.
- Dass die Bundesregierung von Russlands Präsident Wladimir Putin oder irgendeinem anderen Staat bedroht würde, vermag ich auch nicht zu erkennen.

Deshalb fordern die Friedensorganisationen eine Umwidmung des 100 Mrd. Sondervermögens für ein Investitionsprogramm in Soziales, Klima und Kultur.

<https://www.choices.de/es-gibt-nur-eins-ruestungs-oder-sozialstaat-thema-0522>